



Inhalt:

Aktuelles:

Lösungen der Währungs- und Wirtschaftskrise
Wolfgang Kreissl-Dörfler... **2**

Zukunft der Regionpolitik
Kerstin Westphal..... **3**

Sanktionierung bei Verstößen gegen Sozialvorschriften
Ismail Ertug..... **4**

EU-Lateinamerika-Gipfel
Wolfgang Kreissl-Dörfler.. **6**

Kommunen können aufatmen
Kerstin Westphal..... **7**

Delegationsreise Israel/Palästina und Besuchergruppe
Wolfgang Kreissl-Dörfler.. **9**

Service:

Wichtige Termine in Bayern..... **10**

Kontakt..... **12**

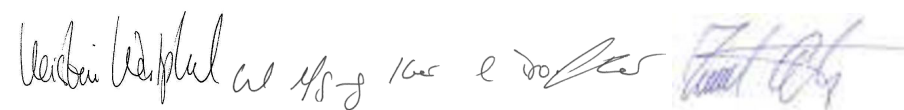
Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen zur vierten Ausgabe unseres Newsletters, in dem wir Euch wieder über unsere Arbeit berichten wollen.

Gedanken zur Stabilität der Währungsunion, die Wolfgang Kreissl-Dörfler bereits vor 13 Jahren veröffentlicht hatte, sind angesichts der Währungs- und Wirtschaftskrise brandaktuell. Wolfgang informiert auch über das Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika in Madrid und schildert Hintergründe der Israel-Delegation in den Nahen Osten. Mit der Zukunft der Regionpolitik und den aktuellen Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen, das bei Kommunen für Aufatmen sorgt, setzt sich Kerstin Westphal auseinander. Ismail Ertug erklärt den Bedarf europaweit harmonisierter Sanktionen bei Verstößen gegen Sozialvorschriften im Verkehrswesen.

Im Rahmen des Europatages, auf den wir letztes Mal hingewiesen hatten, haben wir einige von euch getroffen. Wir würden uns freuen, wenn ihr auch bei dem einen oder anderen Termin im nächsten Monat etwas findet, was euch interessiert.

Viel Spaß beim Lesen wünschen



Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler und Ismail Ertug



Die aktuelle Währungskrise:

Lösungen sind schon lange

bekannt!

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Die aktuelle Finanz- und Währungskrise, die uns tagtäglich mit neuen Negativ-Schlagzeilen auf Trab hält, hat uns eiskalt erwischt. Die Politik versucht nun, mit horrenden Kreditzusagen an Griechenland die aufgebrauchten Finanzmärkte zu beruhigen und Schlimmeres abzuwenden. Allerdings muss an dieser Stelle klar gesagt werden, dass es sich keinesfalls um eine unvermeidbare Situation handelt, in der wir uns befinden.

Bereits seit meinen Anfängen in der Politik in den 1990er Jahren habe ich mich vehement für die Regulierung der Finanzmärkte ausgesprochen. In einem Artikel, den ich vor 13 Jahren verfasst habe, forderte ich bereits eine europäische Wirtschaftsregierung, nach der heute so viele rufen! Schon damals habe ich darauf hingewiesen, dass die Geldwertstabilität nicht nur von der Haushaltsdisziplin abhängt, sondern auch von der jeweiligen nationalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie insbesondere auch von der Einschätzung durch die internationalen Finanzmärkte! Deshalb war und ist es von entscheidender Bedeutung, dass die europäische Währungsunion von einer gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik flankiert wird. Es ist wahrscheinlich die Ironie der Geschichte, dass heutzutage die CSU auch eine Finanztransaktionssteuer fordert, wohingegen ich für dieselbe Forderung von den Konservativen damals als "Kommunist" bezeichnet wurde.

Wer meinen Artikel aus dem Jahr 1997, der in "Der bayerische Steuerzahler" erschienen ist, lesen möchte, findet ihn unter „Aktuell“ auf meiner Homepage: www.kreissl-doerfler.de



Zukunft der Regionalpolitik – Neue Entwicklungen und Prioritäten

von Kerstin Westphal

Am Mittwoch diskutierte das Plenum über die EU-2020-Strategie. Diese Strategie soll zum Schutz der Verbraucher beitragen, das Sozialmodell der EU erhalten und gleichzeitig der Union die notwendigen Wettbewerbsvorteile verschaffen. Ein wichtiges (vielleicht sogar das entscheidende) Instrument zur Mobilisierung von Investitionen für Wachstum und Beschäftigung ist die europäische Regional- und Strukturpolitik.

In der Diskussion um den Beitrag der Regionalpolitik zur Verwirklichung der Ziele der EU-2020-Strategie habe auch ich das Wort ergriffen, um unter anderem die Bedeutung der Städte hervorzuheben. In unseren Augen haben städtische Gebiete eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der Ziele der EU-2020-Strategie. Die Städte sind Motoren des Wirtschaftswachstums in Europa. Gleichzeitig aber spüren sie viele Probleme besonders deutlich (Stichworte sind zum Beispiel soziale Integration, Umwelt, Verkehr, und auch die Alterung der Bevölkerung). Die Städte Europas sind darüber hinaus Schlüsselakteure in den Bereichen Innovation, Forschung und Bildung und spielen auch daher eine grundlegende Rolle bei der Umsetzung der EU-2020-Strategie. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir die Entwicklung des ländlichen Raumes vernachlässigen. Wichtig ist bei alledem die Beteiligung von lokalen und regionalen Behörden sowie von gesellschaftlichen Interessengruppen. Die Vorgänger-Strategie (bekannt unter dem Namen "Lissabon-Strategie") hatte hier ihre Defizite. Bei der Umsetzung der EU-2020-Strategie kommt es entscheidend darauf an, die Menschen von Anfang an mit an Bord zu nehmen – nur dann kann man sie von der Sinnhaftigkeit der Strategie überzeugen.

Leitlinien zur Zukunft der Regionalpolitik verabschiedet

Ebenfalls am Mittwoch haben wir in der sozialdemokratischen Fraktion unsere Leitlinien für die Zukunft der Regionalpolitik beschlossen. Drei Hauptziele der Sozialdemokratinnen und Sozialdemo-

kraten werden darin festgehalten, auf die sich eine reformierte Regionalpolitik zukünftig konzentrieren soll: Bildung, der Themenkomplex Forschung, Innovation und Technologie sowie (siehe oben) der Bereich der städtischen Entwicklung. Außerdem betonen wir erneut unsere Position, dass nicht nur die ärmsten Regionen in Europa von den Strukturfonds profitieren dürfen, sondern dass auch Regionen in den reicheren Mitgliedstaaten Hilfe benötigen, um die Herausforderungen des Strukturwandels und der Globalisierung erfolgreich bewältigen zu können. Bayern erhält in der aktuellen Förderperiode von 2007 bis 2013 allein aus den Strukturfonds knapp 900 Millionen Euro. Aus dem Europäischen Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums kommen (ergänzt durch nationale Mittel) nochmal rund 3,5 Milliarden Euro für Bayern.



Vorbeugung geht vor Strafe

von Ismail Ertug

Jeder Autofahrer kann grob einschätzen, wie viel ihm für das Parken im Halteverbot aufgebremmt werden kann, und wird sich dann überlegen, ob er's in Kauf nimmt oder nicht. Schwierig, wenn nicht unmöglich wird es für Spediteure, die europaweit unterwegs sind, und die als Vielfahrer leicht in Gefahr kommen, auch andere Verkehrsregeln zu brechen, beispielsweise Ruhezeiten.

Dies zeigte ein Bericht der Kommission aus dem Jahr 2009, der die Sanktionen analysierte, mit denen Mitgliedstaaten derzeit Verstöße gegen Sozialvorschriften ahnden. Dabei kamen die Beamten der Behörde zu dem Ergebnis, dass Sanktionen derzeit weit auseinander klaffen: Derselbe Verstoß wird in den Mitgliedstaaten unterschiedlich hart sanktioniert, beispielsweise werden in Malta 58 Euro Strafe fällig, während in Deutschland, Österreich, Zypern und Irland für denselben Verstoß 5.000 Euro und sogar mehr gezahlt werden müssen. Und ein zweites Beispiel: Die Höchstsätze von Bußgeldern betragen in Litauen 586 Euro, in Frankreich 30.000 Euro plus möglicherweise eine Haftstrafe.



Nicht überschaubar ist auch, welches Verhalten zur Stilllegung des Fahrzeuges, zu Fahrverboten oder gar zu Haftstrafen führen kann.

Zugleich gibt es unter den Unternehmen auch Schlaumeier, die das Prinzip der Extraterritorialität ausnutzen. Dies besagt, dass Behörden in beispielsweise Tschechien einen Verstoß im Hoheitsgebiet von beispielsweise Österreich sanktionieren können, sofern dies noch nicht geschehen ist. Festgelegt ist, dass das Strafrecht des Landes angewandt werden muss, das die Sanktionierung vornimmt, nicht der eigentliche „Tatort“. Dies hat bei kalkulierenden Unternehmen derzeit einen wahren „Straftourismus“ zur Folge, sprich wenn schon verstoßen, dann möglichst günstig und Routen so legen, dass man lieber in Land x als in Land y erwischt wird. Das kann es nicht sein! Ein wirksames Strafsystem kann nur auf klaren, transparenten und vergleichbaren Strafen basieren.

Unsere Standpunkte

Wir Sozialdemokraten haben uns deshalb für eine vernünftige Harmonisierung ausgesprochen: Die Rechtssysteme können nicht von heute auf morgen vereinheitlicht werden, aber durch Mindest- und Höchststrafen – die näher beieinander liegen als die genannten 50 und 5.000 Euro oder knapp 600 und 30.000 Euro (plus evtl. Gefängnis) – kann und muss es zu einer Annäherung kommen. Hier haben wir die Kommission aufgefordert, brauchbares Datenmaterial zusammenzutragen, denn bisher sind nur Daten aus den Jahren 2005 und 2006 vorhanden und diese nicht einmal aus allen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Wir haben uns für Aktualisierung noch im Jahr 2010 eingesetzt.

Zum zweiten haben wir Sozialdemokraten das Ziel von Sanktionen in Erinnerung gerufen, die ein bestimmtes Verhalten wirtschaftlich unattraktiv machen sollen. Beispielsweise Übermüdung ist für alle Straßenteilnehmer ein enormes Risiko. Fahrer können Ruhezeiten aber nur dann einhalten, wenn ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen, die auch gefunden werden. Hierfür sollten Informationssysteme, die beispielsweise über Ort und Auslastung von Parkplätzen europaweit Auskunft geben, besser vernetzt bzw. geschaffen werden.

Wichtiger als Sanktion ist ausreichend Prävention.



EU - Lateinamerikagipfel Madrid

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Vom 17. bis 19. Mai fand in Madrid der diesjährige EU-Lateinamerika-Gipfel statt.

Vor bereits zehn Jahren trafen sich die Staats- und Regierungschefs der europäischen und lateinamerikanischen Länder in Rio de Janeiro das erste Mal, um eine gemeinsame EU-Lateinamerikastrategie zu entwickeln und auszubauen.

Seitdem finden die Gipfel alle zwei Jahre abwechselnd in Europa oder Südamerika statt.

Der diesjährige EU-Lateinamerika-Gipfel unter spanischem Ratsvorsitz stand ganz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die nun auch gemeinsam bekämpft werden soll. Die auf dem Gipfel vorgelegten so genannten „Madrid-Dokumente“ umfassen ein konkretes Arbeitsprogramm zu zukünftigen Herausforderungen. Das sind neben der Finanzkrise auch Klimawandel, Entwicklung, Migration, Handel, Technologieinnovation, organisiertes Verbrechen und Armut. Für die Koordinierung und den Dialog zwischen den Partnern ist die Gründung einer Stiftung mit voraussichtlichem Sitz in Hamburg beschlossen worden.

Vor allem aber sollen Märkte geöffnet und Handelsbeziehungen ausgebaut werden. Nach dem vorläufigen Abschluss des stark kritisierten Freihandelsabkommens mit Peru und Kolumbien, dem das Europäische Parlament Anfang 2011 noch seine Zustimmung geben muss, wurde am letzten Tag des Gipfels in Madrid ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den sechs zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und auch Panama abgeschlossen und gefeiert. Es ist das erste EU-Handelsabkommen mit einer ganzen Staatengruppe und gilt deshalb als historisch. Zudem haben die Staats- und Regierungschefs das Treffen in Madrid dazu genutzt, um die seit sechs Jahren auf Eis liegenden Verhandlungen mit den Ländern des MERCOSUR (Mercado Común del Sur = Gemeinsamer Markt des Südens) für ein weiteres Assoziierungsabkommen wieder aufzunehmen. Damals wurden die Verhandlungen aufgrund der Bedenken von Frankreich und anderen EU-Staaten blockiert, da sie den uneingeschränkten Export von Agrarriesen wie Brasilien und Argentinien befürchteten.



Trotz eines selbstbewussten Auftretens der Vertreter der MERCOSUR Staaten, und positiven Wachstumsbilanzen von denen Europa nur träumen kann, wird ein Abkommen mit dem MERCOSUR weiterhin nicht einfach werden. Während die südamerikanischen Länder vor allem Agrarprodukte exportieren, fordert Europa Zugang für seine Industrieprodukte. Die Ängste lateinamerikanischer sowie auch europäischer Agrarerzeuger vor der Entstehung neuer Ungleichheiten und negativer Folgen des freien Handels zwischen der EU und dem MERCOSUR sind berechtigt. Viel zu lange wurde die Bedeutung Lateinamerikas von den europäischen Industrienationen und vor allem von Deutschland unterschätzt. Nun überstürzt zu handeln, wäre gewiss der falsche Weg. Denn wichtig ist in erster Linie, dass die Abkommen der Bevölkerung zugute kommen und nicht zu neuen Asymmetrien führen, von denen nur transnationale Großunternehmen profitieren. Auch für die Länder Lateinamerikas muss es schließlich möglich sein, ihre Produkte unter fairen Bedingungen zu exportieren.

Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen

von Kerstin Westphal

Bei dem Satz "Das müssen wir ausschreiben!" bekommen zurzeit viele Kommunalbeamte meist sichtbares Unwohlsein. Denn beim Thema Ausschreibung befindet man sich mitten im Vergaberecht – einem wahren Dschungel des Rechts, welches aufgrund seiner Kompliziertheit die Arbeit der öffentlichen Verwaltung merklich lähmt.

Unter dem Titel "Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen" gibt ein Initiativbericht des Europäischen Parlamentes jetzt ein gutes Bild des Vergaberechts und dessen Anwendung ab und fordert die Kommission zu einer Revision des Vergaberechts, insbesondere der Vergabe-Richtlinie aus dem Jahr 2004 auf.

Kommunen können aufatmen

Er konstatiert, dass das Vergaberecht ineffektiv und nur schwer zu gebrauchen ist. Grund dafür ist eine schwierige EU-Gesetzgebung: die unterschiedlichen politischen Ansichten zwischen Rat und



Parlament führen zu einer Inkohärenz in den Rechtstexten; diese Inkohärenz wird noch verschärft durch eigene zusätzliche nationale Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten sowie dort eine mangelnde Umsetzung der EU-Gesetzgebung. Als würde es damit nicht schon genug Rechtszersplitterung gegeben, erhöht sich durch case law (Rechtsfortbildung) des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und soft law (Selbstverpflichtung der Privatwirtschaft) zudem dieser Zustand.

Verständlich ist daher, dass die Rechtsanwender, welche in Deutschland insbesondere die Kommunen sind, als größter lokaler Auftraggeber mittlerweile schon externe private Rechtsberatung benötigen, um mit Vergabevorschriften umzugehen. Denn die Nichteinhaltung von EU-Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen zählt zu den häufigsten Gründen für die Ablehnung einer EU-Finanzierung aus den Strukturfonds.

Mit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise wird dieser Zustand immer weniger hinnehmbar. Er zwingt gerade zu einer schnellen und vereinfachten Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Denn die volkswirtschaftliche Bedeutung des Beschaffungswesens von Gütern und Dienstleistungen zur öffentlichen Auftragserfüllung in der Europäischen Union ist groß: dessen Volumen liegt bei 1.500 Milliarden Euro (= 16 Prozent des EU-BIP).

Daher macht der Bericht verschiedene Vorschläge. So soll ein anwenderfreundliches und transparentes Vergaberechts unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH und der Rahmenbedingungen durch Reformvertrag und Charta der Grundrechte geschaffen werden. Mitgliedstaaten und Kommission sollen zudem mit einer einheitlichen Webpräsenz gut aufbereitet die Rechtsanwender informieren und mehr Schulungen bei der Anwendung durchführen. EU-Datenbanken für Labels über soziale und ökologische Kriterien sollen eingerichtet und Gütesiegel harmonisiert werden.

Unsere Änderungsanträge im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, die viele der Vorschläge noch präzisiert hätten, und auch für Dienstleistungskonzessionen entlang der EuGH-Rechtsprechung eine verbindliche gesetzliche Klarstellung getroffen hätten, fanden leider keine Mehrheit. Da wir Sozialdemokraten den Bericht aber grundsätzliche begrüßen, haben wir uns einer Zustimmung im Plenum daher lediglich enthalten. Am vergangenen Mittwoch wurde der Bericht mit einer Mehrheit angenommen.

Delegationsreise nach Israel und Palästina

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Vom 24. bis 27. Mai nahm ich an einer Delegation des Außen-, Entwicklungs- und Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments nach Israel und in palästinensische Gebiete teil. In Ost- und Westjerusalem, in Ramallah und Nablus trafen wir uns mit hochrangigen Politikern, unter ihnen Israels Präsident Shimon Peres und der Premierminister der palästinensischen Autonomiebehörde, Dr. Salam Fayyad. Zudem führten wir Gespräche mit palästinensischen und israelischen Nichtregierungsorganisationen. Da Israel trotz Vermittlungsversuchen uns Europaabgeordneten den Zugang zum Gazastreifen verweigerte, kam es im Vorfeld zu Spannungen zwischen beiden Seiten. Infolgedessen mussten wir erhebliche Änderungen im Programm vornehmen. Mehrere Abgeordnete mussten über Ägypten in den Gazastreifen ein- und wiederausreisen.

Besuchergruppe in Straßburg bei Wolfgang Kreissl-Dörfler

Vom 17. bis 18. Mai war eine 45-köpfige Besuchergruppe aus Oberbayern zu Besuch in Straßburg. Nach einer Fahrt durch das Elsaß und einem Besuch beim Europarat war die Gruppe zu Gast im Europäischen Parlament, wo sie auch eine Plenarsitzung live verfolgen konnte. Höhepunkt der



Besucherfahrt war das Gespräch mit dem Europaabgeordneten Wolfgang Kreissl-Dörfler, bei dem es um die aktuelle Währungskrise des Euro sowie Fragen u.a. zur inneren Sicherheit ging.



Termine in Bayern

Dienstag, 01.06.2010	14.00 Uhr	Wolfgang Kreissl- Dörfler	Empfang Hochschulgruppe Politikwissenschaft der Universität Eichstätt und Besuch im Außenausschuss	Europäisches Parlament Brüssel
Freitag, 04.06.2010	16.00 Uhr	Kerstin Westphal	AsF Bundeskongress	Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80, 53177 Bonn
bis Sonntag, 06.06.2010				
Freitag, 04.06.2010	11.00 Uhr	Ismail Ertug	Empfang am Rathaus mit Bürgermeister Niko Walther; Vorstellung der aktuellen EU- geförderten Maßnahme „Hochwasserfreilegung Aschenau“ und des Projektes „Dorfmitte Wolfstein“	Treffpunkt: Rathausplatz 1, 94560 Offenberg
	14 Uhr	Ismail Ertug	Gespräch mit dem Präsidenten des Donauhafens Deggendorf Thomas Dexl	Donauhafen, Wallnerlande 9, 94469 Deggendorf
	18.30 Uhr	Ismail Ertug	SPD – Unterbezirkskonferenz zum Thema „Transeuropäische Netze im Bezug auf den die Region Bayerischer Wald“	Freyung-Grafenau
Montag, 07.06.2010	19.00 Uhr	Kerstin Westphal	Bürgerforum „Europa gestalten – Umwelt, Klima, Verbraucher – Vorreiter der EU“	Kaisersaal der Residenz in Würzburg
Mittwoch, 09.06.2010	19.00 Uhr	Wolfgang Kreissl- Dörfler	Podiumsdiskussion mit JUSO- Hochschulgruppe der Universität Eichstätt	Ostenstraße 26 85072 Eichstätt
Freitag, 11.06.2010	11.00 Uhr	Kerstin Westphal	Gespräch mit SchülerInnen des SSG Nürnberg	Pommernstr. 10, 90451 Nürnberg



	15.00 Uhr	Kerstin Westphal	Gespräch mit dem BBV Unterfranken	Werner-von-Siemens-Str. 55 a, 97076 Würzburg
	16 Uhr	Ismail Ertug	Veranstaltung des Europa-Bürgerforums	Max-Reger-Halle, Dr.-Pfleger-Str. 17, 92637 Weiden
	19 Uhr	Ismail Ertug	Sitzung des SPD-Bezirksvorstands	An der Schwefelquelle 12, 92421 Schwandorf
Samstag, 12.06.2010	10.00 Uhr	Kerstin Westphal	Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD	Gutenbergstr. 11, 97080 Würzburg-Grombühl
	14.30 Uhr	Ismail Ertug	Referat zum Thema „Aktuelles aus dem Europäischen Parlament – Europa in der Krise?“ bei der Landesversammlung der Jungen Europäer Bayern	Konferenzbereich der Spielbank Bad Kötzing Untere Au 2, 93444 Bad Kötzing



So erreicht ihr unsere Büros...

... in Brüssel:

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G354 Büro Low T07027
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47110; Fax: +32 (0)228 49110
E-Mail: wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
Ansprechpartnerinnen:
Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Kerstin Westphal, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G351 Büro Low T07025
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47534; Fax: +32 (0)228 49534
E-Mail: kerstin.westphal@europarl.europa.eu
Ansprechpartner:
Dr. Clemens zur Hausen und Philipp Krieg

Ismail Ertug, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G342 Büro Low T07023
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 45547; Fax: 32 (0)228 49547
E-Mail: ismail.ertug@europarl.europa.eu

AnsprechpartnerInnen:
Arzu Mouchtar, Maria von Stern und Fatih Aydogan

... und daheim:

Europabüro

Oberanger 38/I
80331 München
Telefon: (089) 21 02 43 61
Fax: (089) 21 02 43 61
Mail: info@kreissl-doerfler.de
Homepage: www.kreissl-doerfler.de
Ansprechpartnerin: Britta Besan
Bürozeiten: Mo-Do 9-17 Uhr, Fr 9-12 Uhr

Europabüro Schweinfurt

Kornmarkt 17
97421 Schweinfurt
Telefon: (09721) 715 716
Fax: (09721) 474 08 84
Mail: eder@kerstin-westphal.de
Homepage: www.kerstin-westphal.de
Ansprechpartnerin: Marietta Eder
Bürozeiten: Mo-Do 9-16 Uhr, Fr. 9-13 Uhr

Europabüro Oberpfalz

Richard-Wagner-Str. 4
93055 Regensburg
Telefon: (0941) 29 79 98 73
Fax: (0941) 29 79 98 75
Mail: thorsten.kaestl@ertug.eu
Homepage: www.ertug.eu
Ansprechpartner: Thorsten Kästl
Bürozeiten: Mo-Fr 9-17 Uhr

Europabüro Niederbayern

Nördlicher Stadtgraben 9
94469 Deggendorf
Telefon: (0991) 379 11 64
Fax: (0991) 379 111 63
Mail: katja.reitmaier@ertug.eu
Ansprechpartnerin: Katja Reitmaier